

**Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik.  
Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch**

Tagung des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte  
vom 24. bis 26. Februar 2000 in Münster

Seit einigen Jahren nimmt das Interesse an dem Stellenwert der 60er Jahre in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte zu. Die Forschungslandschaft offenbart derzeit beachtenswerte Initiativen zur Historisierung dieser Epoche im Verein mit ersten Versuchen der Synthese. Dazu zählen das Bayern-Projekt des Instituts für Zeitgeschichte ebenso wie die Tagungen der Hamburger Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Kopenhagen sowie des Deutschen Historischen Instituts in Washington und nicht zuletzt das bereits 1991 begründete Forschungsprojekt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte (WIR) mit dem Titel "Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930 bis 1960". Die Tagung des WIR vom 24. bis 26. Februar 2000 bot als Teil dieses Projekts einen Überblick über wichtige aktuelle Vorhaben und Ergebnisse der 60er-Jahre-Forschung. Besonders die Verknüpfung regionalgeschichtlicher und gesamtgesellschaftlicher Befunde ist hier hervorzuheben, wie der Leiter des Instituts, Bernd Walter, in seiner Begrüßungsansprache ausführte.

Die Veranstaltung, vorbereitet und geleitet von Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Tepe, gliederte sich in sechs Sektionen, in denen im Rahmen der jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkte bedeutsame Merkmale des Wandels in den 60er Jahren aus politik-, sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive dargelegt wurden. Die zentralen Leitbegriffe - Demokratisierung, gesellschaftlicher Aufbruch, Krisenbewußtsein, Planung und Partizipation - konnten somit von unterschiedlichen Gesellschaftsfeldern her in den Blick genommen werden: "Erwerbs-, Familien-, Hausarbeit - Geschlechterrollen im Wandel", "Politik und Öffentlichkeit", "Planung als Reformprinzip", "Verwaltung und Bürger" sowie "Lebensstile im Wandel" lauteten die Titel der Sektionen. Die abschließende sechste Sektion "Deutungsmuster" beschloß die Tagung mit einer Bündelung der Leitbegriffe und einer Einordnung der 68er-Bewegung in das Gesamtbild des untersuchten Zeitraums. Matthias Frese erklärte in seiner Einführung, daß man mit dieser Themenvielfalt der bemerkenswerten Bandbreite des gesellschaftlichen Drängens auf Veränderung in den 60er Jahren gerecht werden wolle.

Die 27 inhaltlichen Beiträge waren den TeilnehmerInnen der Tagung vorab zugegangen, so daß keine Vorträge gehalten wurden, sondern nach einer Einführung durch die Sektionsleitung und kurzen Statements der Beteiligten sogleich der Einstieg in die allgemeine Erörterung erfolgte. Diese Vorgehensweise ließ viel Raum für Diskussionen und trug zu neuen Sichtweisen auf den jeweiligen Themenkomplex bei.

Die erste Sektion "Erwerbs-, Familien-, Hausarbeit - Geschlechterrollen im Wandel" setzte sich mit dem starken Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen und Umbrüchen in den Leitbildern der Geschlechter auseinander (Leitung: Merith Niehuss/München, Beiträge von Helene Albers/Münster, Ulrike Lindner/München, dieser Entwicklung herausgearbeitet. Zum einen verstärkte sich die Christine von Oertzen/Berlin, Julia Paulus/Münster und Kristina Schulz/Bielefeld). In den Beiträgen wurden zwei Ursachen sektorale Umstrukturierung weg vom Land- und Forstwirtschaftssektor hin zum Industrie- und Dienstleistungssektor, wie Merith Niehuss einleitend zusammenfaßte. Parallel dazu vollzog sich Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre ein struktureller Wandel der Arbeitswelt. Infolge der wirtschaftlichen Prosperität und einer großen Nachfrage nach Arbeitskräften drängten immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt. Dies führte zu einer wachsenden Vielfalt in der Familien- und Lebensplanung, laut Niehuss zu einem "Übermaß des Möglichen", da Wirtschaftsaufschwung, Bildungschancen und Konsum neue Wahlmöglichkeiten für Frauen schufen. Betont wurde, daß man bei der Betrachtung dieses Prozesses den "Pillenknick" als einen Mythos entlarven müsse. Die Referentinnen stimmten darin

überein, daß vor allem die zunehmende Beschäftigung von Frauen Umdenken und Umstrukturierungen in der vom Leitbild des männlichen Vollzeitbeschäftigten geprägten Arbeits- und Familienwelt mit sich brachte. Christine von Oertzen schilderte eindrücklich, wie auf politischer Ebene nach mehreren gescheiterten Versuchen die Erwerbstätigkeit von Frauen rechtlich institutionalisiert und steuerlich geregelt wurde - mit einer eigenen Steuerklasse. Eine gewisse Phase der Erwerbsarbeit wurde somit gesellschaftlich zunehmend anerkannt und in den Lebenslauf von Frauen integriert. Diese Entwicklung veränderte allmählich die Familienstruktur, wie Julia Paulus zeigen konnte. Der Mentalitätenwandel führte vom patriarchalisch geprägten Zusammenleben zu einem mehr partnerschaftlichen Modell. Die Mutterrolle der Frau, so Paulus weiter, paßte sich durch die Modernisierung des Leitbildes den gewandelten Verhältnissen an. Während zuvor die erwerbstätige Frau und die häusliche Ehefrau ein unvereinbares Gegensatzpaar darstellten, war die "Nur-Hausfrau" jetzt zunehmend verpönt und wurde durch das Leitbild der zuverdienenden, partnerschaftlichen Ehefrau ersetzt. Helene Albers beschrieb die besondere Ökonomie des Agrarsektors, die dort die längere Beharrungskraft alter Rollenbilder beförderte. Der Mann war als Leiter des Betriebs gleichzeitig "Vorgesetzter" der mithelfenden Familienangehörigen, was seine Position als Familienoberhaupt stärkte. Albers betonte, daß hier reales und ideales weibliches Rollenbild schon lange vor der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Frau auseinanderklafften, man sich aber erst infolge wirtschaftlicher Prosperität der 60er Jahre eine verspätete neue Leitbildentwicklung 'leisten' konnte.

Eine grundsätzliche Neudefinition des Geschlechterverhältnisses fand jedoch nicht statt. Christine von Oertzen machte deutlich, wie durch die Institutionalisierung der Teilzeitarbeit in Deutschland das Leitbild des Mannes als Familienernährer bestehen blieb. Julia Paulus rief in Erinnerung, daß die Doppelbelastung vieler Frauen bis heute nachhaltige Wirkung zeige. Unhinterfragt blieb in den 60ern zudem, daß Frauen weiterhin nahezu allein für Haushalt und die Betreuung der Kinder zuständig waren. Ulrike Lindner führte in ihrem Beitrag aus, daß die Technisierung des Haushalts nach amerikanischem Vorbild nur wenig Erleichterung bei der Hausarbeit mit sich brachte, da gleichzeitig die Ansprüche stiegen und viele Geräte komplexe Arbeitsschritte nicht übernehmen konnten.

Als ein wichtiges Fazit wurde in der Diskussion festgestellt, daß das "Normal-Arbeitsverhältnis" des ganztags Arbeitenden bereits in den 60er Jahren durch die Erwerbstätigkeit von Frauen einen Wandel erfuhr und nicht erst mit der Massenarbeitslosigkeit in den 70er Jahren, wie bislang angenommen worden ist. Wiebke Kolbe hob in der Debatte hervor, daß dieser Befund einen wichtigen Anspruch der Frauen- und Geschlechterforschung stützen würde, nämlich die Relativierung von Periodisierungen, die die "allgemeine Geschichte" mit ihrem auf den männlichen Teil der Gesellschaft fixierten Blick vornehmen würde. Die 60er Jahre sind somit insgesamt als Aufbruchzeit des Mentalitätenwandels in der Frage gesellschaftlicher Geschlechter-Rollenleitbilder zu verstehen. Aufgegriffen und verstärkt wurde diese Entwicklung in der 68er-Bewegung, vor allem durch neue Wertbilder in den "Kommunen", die zu einem Medienschlager wurden. Kristina Schulz wies den Kommunen eine Avantgarde-Funktion mit indirekter Wirkung auf die Gesellschaft zu. Die öffentlichkeitswirksame Berichterstattung beförderte eine Veränderung des partnerschaftlichen und familiären Leitbildes. Die Beurteilung der 68er als "sexuelle Revolution" wertete Schulz allerdings als eine Überdramatisierung ihrer Wirkungsmächtigkeit. Erst die neue Frauenbewegung der 70er Jahre habe auf dem Gebiet der Geschlechterfrage einen tiefgreifenden Mentalitätenwandel herbeigeführt.

In der Diskussion beurteilten Klaus Tenfelde, Thomas Mergel und Axel Schildt den Wandel der Geschlechterverhältnisse in den 60er Jahren noch einschneidender. Gerade im Hinblick auf die Partnerschaft hätten die Kommunen und die Wohngemeinschafts-Kultur als Avantgarde schließlich zu gewandelten Lebensstilen geführt, zu geringerer Kinderzahl, kürzeren Partnerschafts-Beziehungen und einer selbstbestimmteren Sexualität. Schildt bezeichnete die 60er Jahre in Bezug auf die sexuelle Frage als eine Periode der "informationellen

Verunsicherung“ und nannte als Faktoren neben der Berichterstattung über die Kommunen die Studien von Oswald Kolle und die Aufklärungsfilme.

Unter dem Titel "Politik und Öffentlichkeit" behandelte die zweite Sektion das Aufeinandertreffen von administrativem Führungshandeln in Politik, Milieu und Parteien auf der einen Seite und wachsender kritischer und partizipierender Öffentlichkeit auf der anderen Seite (Leitung: Anselm Doering-Manteuffel/Tübingen, Beiträge von Julia Angster/Oxford, Thomas Großbölting/Münster, Christina von Hodenberg/Freiburg und Edgar Wolfrum/Berlin). Anselm Doering-Manteuffel faßte zusammen, daß durch die Beiträge ein differenziertes Bild verschiedener Öffentlichkeitsformen der 60er Jahre entstehen würde. Vorgestellt wurden die interne Versammlungsöffentlichkeit in Kirche und Parteien, die Wahlkampföffentlichkeit, die Intellektuellenöffentlichkeit am Beispiel der Geschichtswissenschaften sowie die massenmediale "Gesamtöffentlichkeit". Axel Schildt empfahl später folgerichtig, den Begriff "Öffentlichkeit" stets im Plural zu denken. Die Verbreitung der Massenmedien und die Amerikanisierung bzw. "Westernisierung" (Anselm Doering-Manteuffel) der Bundesrepublik wurden in diesem Zusammenhang als bedeutsame Triebkräfte des Wandels angesehen.

Julia Angster stellte in ihrem Beitrag dar, wie die Parteien sich in den 60er Jahren US-amerikanische Wahlkampfstrategien aneigneten. Hier seien Formen, Techniken und Praktiken vielfach im Verhältnis eins zu eins übernommen worden. Dieser Modernisierungseffekt läßt sich durch die Merkmale Professionalisierung, Personalisierung und Nutzung des Fernsehens charakterisieren, was durchaus mit verschiedenen politischen Inhalten kombinierbar war. Demokratische Entscheidungsfindung wurde zunehmend als kommunikativer Prozeß verstanden. Das im Wahlkampf eingeführte Prinzip des "großen Gesprächs" wurde mit der Großen Koalition zum Regierungsstil. Während Angster bei dem Prozeß der Amerikanisierung des Wahlkampfes der SPD die entscheidende Vorreiterrolle zuschrieb, lieferte Thomas Mergel in der Diskussion Beispiele für frühe moderne Wahlkampfformen bei der CDU, darunter den Einsatz einer Wahlkampfagentur und die Instrumentalisierung der Meinungs- und Umfrageforschung.

Thomas Großbölting beschrieb die Versammlungsöffentlichkeit in Parteien und katholischem Milieu am Beispiel der Parteitage der SPD und der Katholikentage in den 60er Jahren. Er legte dar, daß das SPD-Ziel, Regierungspartei zu werden, einer internen, offenen Diskussion entgegenwirkte. Das Ausschalten der Basis bei wichtigen Diskussions- und Entscheidungsprozessen begünstigte eine kleine Führungselite. Diese Entwicklung ließ die parteiinterne Kritik von unten wachsen und beförderte die Ausbildung der Neuen Linken. Ebenso meldete sich im Bereich des katholischen Milieus der Anspruch der Basis auf Mitsprache und Pluralismus. Dies zeigt die Entwicklung der Diskussionskultur der Katholikentage in den 60er Jahren, die von einer sinkenden Obrigkeitsergebenheit zeugen. Interne Entscheidungsprozesse auf der Grundlage der Versammlungsöffentlichkeit wurden allerdings zunehmend von der neuen massenmedialen Öffentlichkeit verdrängt.

Diese neue, politisch kritische massenmediale Öffentlichkeit schilderte Christina von Hodenberg. Sie entstand aus einer literarischen Gegenelite außerhalb der parlamentarischen Öffentlichkeit, die Unterstützung durch autoritätskritische Persönlichkeiten in den Funkhäusern erhielt, deren Einstellung Hodenberg auf die alliierte Besatzungspolitik zurückführte. Diese Zeitkritiker erreichten mit ihren Forderungen nach gesellschaftlicher Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen massenmedial eine immer breiter werdende politische Gesamtöffentlichkeit. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Massenmedien erfuhr ihre Angst um die Zukunft der Demokratie eine allgemeinere Verbreitung; die Obrigkeit wurde zur Rechenschaftslegung gezwungen. Die Sorge um die Demokratie wurde durch zahlreiche politische Auseinandersetzungen und Krisen geschürt, darunter die Spiegel-Affäre, die Debatte um die Notstandsgesetze und der Anstieg rechtsextremer Kräfte. Für die 60er Jahre, so schloß sich die These Hodenbergs an, sei die Metamorphose von einer zahmen zu einer kritischen Öffentlichkeit festzustellen, die den Boden für den außerparlamentarischen Protest bereitet habe.

Die Demokratie sei nun nicht mehr von außen aufgestülpt, sondern stärker von innen ergriffen worden - zunächst nur von einer kleinen Avantgarde. Die 1970er Jahre hätten in der Folge eine umfassendere kulturelle Liberalisierung der Gesamtgesellschaft erlebt.

Die massenmediale Diffusion der Zeitkritik führte zu einem neuen Kritikbewußtsein in der Gesamtheit und infolgedessen zu einem Mentalitätenwandel in der Gesellschaft. Edgar Wolfrum schilderte anschaulich, wie sich diese Entwicklung auch in der neu aufkeimenden Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte niederschlug. Die Phase zwischen 1933 und 1945 wurde nicht mehr als ein zeitlich begrenzter Unfall, sondern als Folge historischer Prozesse verstanden, die weit in das 19. Jahrhundert zurückreichten. Wolfrum bezeichnete diese Entwicklung plastisch als "Treitschke-Kehraus in den Köpfen deutscher Historiker", bei dem der Einfluß von Intellektuellenzirkeln aus den USA prägend war. Die Berichterstattung der Massenmedien führte dazu, daß sich dies auch in dem kollektiven Geschichtsbild niederschlug. Wolfrum stellte die These auf, daß sich daraus nach und nach ein neues bundesrepublikanisches Nationalbewußtsein entwickelt habe. Gabriele Metzler ergänzte, daß auch der Vergleich Bonn und Weimar in diesem Zeitraum wichtig wurde, da man mit politischem Extremismus konfrontiert war. Anselm Doering-Manteuffel schätzte den rasanten Aufstieg der NPD schließlich als einen der wichtigsten Brennpunkte des politisch-öffentlichen Krisenbewußtseins der 60er Jahre ein.

Das Phänomen der "Planung" wird im Allgemeinen als eines der Hauptkennzeichen der 60er Jahre bewertet, welches dieses Jahrzehnt signifikant von anderen unterscheidet. Die herausragende Bedeutung des Planungsgedankens schlug sich auf der Tagung auch formal in der großen Anzahl der Beiträge für diese Sektion nieder (Leitung: Hans Günter Hockerts/München, Beiträge von Georg Altmann/München, Karl Ditt/Münster, Jaromir Dittmann-Balcar/München, Karl Lauschke/Dortmund, Wilfried Rudloff/Speyer, Norwich Rüsse/Münster, Thomas Schlemmer/München und Winfried Süß/München). Hans Günter Hockerts erläuterte einleitend, daß die Planung, die noch in der Ära Adenauer als Tabuthema galt, in den 60er Jahren gesellschaftsfähig wurde - nicht zuletzt durch die Entschärfung der Rivalität von Markt- und Planwirtschaft. Auch könne das wachsende Bedürfnis nach Planungsdenken und die sich daran anschließende Planungseuphorie als eine Antwort auf die Konjunkturkrise und zudem als eine Folge der Westintegration - gewissermaßen als Druck von außen - gesehen werden, welche die Reformer unausweichlich auf den Plan riefen.

Wilfried Rudloff, Karl Ditt und Georg Altmann beschrieben Planung in verschiedenen Handlungsfeldern der Politik: Bildung, Umwelt und Arbeit. Eine neue Formierung der Bildungspolitik, die Wilfried Rudloff darstellte, sollte Wirtschaftlichkeit und Chancengleichheit gewährleisten, was sich in den 60er Jahren auf quantitativer Ebene parteiübergreifend durchsetzen ließ. Während einfache Ausbauarbeit große Wirkung zeigte, scheiterten die später entstehenden hochelaborierten Planungskonzepte und können als Lehrstück für die Grenzen politischer Planbarkeit angesehen werden. Das Agenda-Setting fand hier weniger auf politisch-administrativem Wege als vielmehr vermittelt durch öffentliche Thematisierungsagenten statt (Georg Pichts "Bildungskatastrophe"). Die Umweltpolitik wurde durch die SPD unter Willy Brandt 1969 geradezu ruckartig als ein neues Politikfeld besetzt, wie Karl Ditt zeigen konnte. Sie bildete ein koalitionsstaugliches Planungsthema, das institutionenübergreifend zwischen 1969 und 1972 einen steilen Aufstieg verzeichnete. Ditt strich heraus, daß in diesem Fall die Initiierung eines gesellschaftlichen Umweltbewußtseins durch die Politik der Bundesregierung erfolgte und nicht etwa vermittelt durch den Druck von Experten oder Naturschützern, die im Gegenteil lange Zeit passiv blieben. Der Einfluß des US-amerikanischen Vorbildes müsse hier als besonders stark beurteilt werden. Auch die aktive Arbeitsmarktpolitik wurde von Planungskonzepten durchzogen, die der Sorge vor einem Mangel an Arbeitsplätzen entgegenwirken sollte. In diesem Bereich, so Georg Altmann, wurde die Krise gewissermaßen gedanklich mit dem Arbeitsförderungsgesetz vorweggenommen. Ziel waren die Stabilisierung des Wachstums und die Sicherung der Vollbeschäftigung. Der Umgang mit Arbeitslosen erfuhr einen Wandel und wurde nun als eine Dienstleistung betrachtet.

Die Referenten Thomas Schlemmer, Jaromir Dittmann-Balcar, Karl Lauschke und Norwich Rüße beschrieben exemplarisch Planungskonzepte auf Landesebene in den Regionen Bayern und Nordrhein-Westfalen. Thomas Schlemmer kennzeichnete Landesplanung infolge ihrer unmittelbaren Reaktion auf Kriegsfolgen als den Bannerträger planerischen Denkens und Handelns. Die Fördermittel der EWG können als ein weiterer starker Impuls für Landesplanung gewertet werden. Planungskonzepte in der regionalen Landesplanung hatten ihr Ziel zunächst in einer kurzfristigen Mängelbehebung als Ausgleich für schwächere Regionen. Jaromir Dittmann-Balcar charakterisierte dieses Vorgehen als "Feuerwehr-Prinzip". Später erfolgte sowohl in Bayern als auch in NRW die Ausweitung der Regionalförderung auf das ganze Land nach dem "Gießkannenprinzip". In Bayern war die Landesplanung allerdings eine Staatsaufgabe, während in NRW die Zuständigkeit bei den Kommunen lag. Karl Lauschke brachte das Problem der Umsetzung der Planung auf der unteren Ebene ins Gespräch. Dort kam es zu Konflikten, weil die Bürgerinitiativen der 60er Jahre ihre Beteiligung an und die Transparenz der Landesplanung forderten. Norwich Rüße widmete sich in seinem Beitrag der "Agrarrevolution" in Nordrhein-Westfalen, der Entagrarisierung der Wirtschaft und der Modernisierung auf dem Land durch Technisierung und höhere Mobilität. Rüße hob zwei Entwicklungsstränge der 60er Jahre hervor. Erstens mußten nun erstmals Landwirte selbst um ihre Existenz bangen, da unrentable Betriebe aufgegeben werden mußten. Zweitens wurde West-Europa zu dem neuen Bezugsrahmen der Landwirtschaft.

Winfried Süß behandelte die Makroebene des Bundeskanzleramtes, wo die Planung in wenigen Monaten ressortübergreifend eingeführt wurde. Regierungsplanung sollte das Steuerungszentrum innerer Reformen sein. Diese Idee scheiterte, da machtpolitische Fragen zwischen den Ressorts nicht geklärt wurden und das Finanzministerium die Pläne blockierte. Zudem entzog der "Ölschock" von 1973 den Planungen den verteilungspolitischen Boden.

Konsens herrschte im Plenum, daß ein gewisses Krisenbewußtsein als Motor der Planung auf allen Ebenen vorhanden war. Daß die Krise überwindende Machbarkeitsdenken löste eine Planungseuphorie aus, die vor allem auf der Bundes- und Landesebene stattfand. Der Planungsboom der 60er Jahre nahm beinahe den Charakter einer "säkularisierten Heilslehre" an, wie Hans Günter Hockerts formulierte. Winfried Süß wies darauf hin, daß der Planungsgedanke auch auf eine veränderte Zeiterfahrung der Mitlebenden zurückzuführen sei. Die Welt schien sich schneller zu wandeln, daher mußten Stufen der Berechenbarkeit eingebaut werden. Merith Niehuss, Michael Ruck und Detlev Siegfried betonten, daß Wohlstand und Finanzreserven notwendige Bedingungen für Planung darstellen würden. All diese Faktoren wurden als Triebkräfte der Planung benannt. Die weitere Diskussion kreiste um die Einschätzung des Verhältnisses von Planung und Demokratie, wobei die Bedeutung der Programme für die Betroffenen hinterfragt wurde. Wilfried Rudloff und Jaromir Dittmann-Balcar merkten an, daß in der Planung der 60er Jahre eine Partizipation der Betroffenen nicht vorgesehen gewesen sei. Erst in den 70ern wurden die Beteiligten stärker involviert. Hans Günter Hockerts gab im weiteren Verlauf der Tagung zu bedenken, daß Planung zuerst ein Steuerungskonzept und erst dann ein Demokratisierungskonzept darstelle. Hier bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen Effektivität und Partizipation. Komplexe Pläne würden in der Regel die Verwaltung stärken und die Demokratie schwächen. Planungsdenken erfordere daher stets einen Zusatz aus dem demokratischen Wertehaushalt.

Die Sektion "Verwaltung und Bürger" (Leitung: Michael Ruck/Mannheim, Beiträge von Matthias Frese/Münster und Hildegard Pamme/Duisburg) bot mit ihrem Fokus auf die kommunale Verwaltung einen geeigneten Untersuchungsrahmen für die Frage nach der konkreten Wechselwirkung von Planung und Partizipation.

Hildegard Pamme zeigte, daß die Kommunen durch die Verrechtlichungstendenzen in der Verwaltung zunehmend in die Bundesspolitik eingebunden wurden. Die kommunale Gebietsreform leitete zudem eine Zentralisierung ein und verringerte kommunale Handlungsspielräume. Parallel zu dieser Entwicklung wuchs das Unbehagen der Bevölkerung

gegenüber der Machtkonzentration und den geringen Kontrollmöglichkeiten. Umfrageergebnisse belegen einen deutlichen Anstieg der politischen Beteiligungsbereitschaft zwischen 1959 und 1974. Besondere Bedeutung kam hierbei Bürgerinitiativen zu, die aus konkretem Anlaß spontane Selbsthilfeaktionen organisierten. Vorrangige Aktionsfelder des Protests waren Entscheidungen in den Bereichen Wohnen, Stadtplanung, Verkehrsplanung und Stadtsanierung. Ein gewisses Mitspracherecht der Betroffenen wurde allerdings erst in den 70er Jahren institutionalisiert.

Matthias Frese stellte am Beispiel der Stadt Dortmund dar, daß sich die städtische Verwaltung in den 60er Jahren einem manifesten Veränderungsdruck in der Frage der Personalpolitik ausgesetzt sah. Arbeitskräftemangel und Aufgabenexpansion führten zu Umstrukturierungen. Die Beschäftigtenzahlen nahmen zu, die Arbeitsbedingungen von Beamten, Angestellten und Arbeitern wurden einander stärker angeglichen, das starre Laufbahnsystem geriet in die Kritik, schließlich wurde die "administrative Reservearmee" der Frauen erschlossen. Die zweite Hälfte der 60er und die frühen 70er Jahre kennzeichnete Frese als Hochzeit der Personalplanung im kommunalen Verwaltungsbereich. Klaus Tenfelde regte an, daß man diese Entwicklung mit Lutz Niethammer als nachholende Modernisierung infolge einer defizienten Urbanisierung interpretieren könne. Michael Ruck betonte, daß es seit den frühen 60er Jahren zu einem epochalen Generationenwechsel in der Verwaltung gekommen sei.

In den Beiträgen dieser Sektion wurden somit im wesentlichen institutionelle Veränderungen als Indikatoren für den Wandel vorgestellt. Das Plenum forderte demgegenüber eine stärkere Beachtung des Bürgers und verwies auf den Protest gegen die kommunale Gebietsreform als ein hochspannendes Beispiel für massive Reaktionen der Bevölkerung auf Eingriffe durch die Verwaltung. Bei der Beurteilung dieser Bewegung konnte allerdings keine Einigkeit erzielt werden. Willi Oberkrome bezeichnete die Aktionen als "Aufstand des Dorfes" und beurteilte die Protestformen als erstaunlich modern. Winfried Süß und Jaromir Dittmann-Balcar hingegen betonten unter Verweis auf ihre Regionalstudien in Bayern die Traditionalität der Aktionsweisen, da Abhilfe zunächst bei der Landesregierung sowie auf dem Rechtsweg gesucht und Protestformen der 68er kaum übernommen worden seien. Zudem hätten zahlreiche verschuldete Gemeinden die kommunale Gebietsreform unterstützt und nicht bekämpft. Eine offene Frage blieb, auf welche Weise aus den neuen Gebietskörperschaften neue Gemeinden wurden. Die Darstellung dieser Identifikations- und Integrationsprozesse, so Karl Teppe, stelle nach wie vor ein Forschungsdesiderat dar. In der Diskussion wurde die Verwaltung als ein beharrender Faktor in Zeiten gesellschaftlichen Wandels beurteilt. Gabriele Metzler formulierte die These, daß der Generationenwechsel in der Verwaltung allein nicht zu Veränderungen geführt habe, da neue Gesellschaftsbilder und Handlungskonzeptionen nicht durch den Austausch von Personen, sondern infolge veränderter professioneller Sozialisationsmuster entstehen würden. Erst in den frühen 70er Jahren habe hier ein durchgreifender Wandel von obrigkeitsstaatlichen zu technokratischen Konzepten Platz gegriffen. Matthias Frese und Hildegard Pamme bewerteten das Leitbild des "Bürgers als Kunde der Verwaltung" als einen Rückschritt in der Demokratisierungsfrage, da es lediglich mehr Transparenz, jedoch nicht mehr Partizipation befördert hätte. Klaus Weinbauer hob zudem die lange Wirkungsmächtigkeit von Korpsgeist, Kameradschaft und entsprechenden Männlichkeitsbildern hervor, die sogenannte kameradschaftliche Bürokratie (Horst Bosetzky), die die Verwaltung bis in die 70er Jahre hinein geprägt hätte.

Die fünfte Sektion widmete sich einem Thema, das für die Erforschung der 60er Jahre mittlerweile als zentral gilt: dem Komplex der Lebensstile (Leitung: Axel Schildt/Hamburg, Beiträge von Konrad Düssel/Mannheim, Markus Köster/Münster, Michael Prinz/Münster, Georg Wagner-Kyora/Halle). Im Verlauf der Tagung kristallisierte sich ein breiter Konsens heraus, die 60er Jahre in dieser Frage als Umbruchzeit zu begreifen. Während die traditionellen Milieus zunehmend in Auflösung begriffen waren, traten an ihre Stelle sukzessive neue Formen der Vergesellschaftung, die in der Regel mit dem Begriff "Lebensstile" gefaßt werden. Axel Schildt gab zunächst einen pointierten Überblick über die großen soziokulturellen Trends: die 60er Jahre

seien u.a. gekennzeichnet durch das Ende der Wohnungsnot, einen Eigenheim-Boom, Suburbanisierung, Konsum, Massenmotorisierung, Massentourismus, Zunahme der Frauenerwerbsarbeit, neue Erziehungsstile, Jugendkultur und nicht zuletzt durch die Ausbreitung der Massenmedien. All dies modelliere die Lebensstile, die man mit Lutz Niethammer als "Way-of-life-Nationalismus" bezeichnen könne.

Die Themen der vier Beiträge - Medien, Jugend, Konsum und Wohnen - gaben die inhaltlichen Schwerpunkte der Diskussion vor. Konrad Dussel griff in seinem Beitrag mit dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk einen Medien-Akteur heraus, der in den 60ern wegen schwindender Hörerzahlen in eine Krise geriet. Dussel arbeitete heraus, daß die Programmverantwortlichen im Bereich der Lebensstile einen gesellschaftlichen Wandel erkannten und daher ihr Programm "Alles für alle" ad acta legten. In den frühen 70er Jahren wurden demzufolge die Programme auf drei Zielgruppen ausgerichtet. Diese Programmsegmentation sei bereits diffus in der Bevölkerung vorhanden gewesen. Durch das neue Medienangebot wurde dieser Wandel festgeschrieben und verstärkt. Zielgruppenprogramme der Medien verweisen auf die anwachsende Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft. Dussel wies den öffentlich-rechtlichen Medien zudem eine Scharnierfunktion zwischen Protestbewegungen und Gesellschaft zu. Sie hätten dafür gesorgt, daß Avantgardepositionen breit gestreut rezipiert wurden und auf diese Weise eine "Normalisierung" erfahren konnten. Gleichzeitig trugen die Massenmedien allerdings auch dazu bei, die Eskalation des Protestes voranzutreiben und Polarisierungen zu verstärken.

Die Begriffe Jugend und Generation mußten in den 60er Jahren "großgeschrieben werden", so charakterisierte Axel Schildt die Bedeutung dieses Themenfeldes. Über die Jugendkultur sei in diesem Zeitraum viel Neues transportiert worden. Der Anstoß zum Wandel in der Frage der Lebensstile verlief demnach in den 60ern weniger von oben nach unten als von den Jungen zu den Älteren. Markus Köster konnte in seinem Beitrag über die Jugendfürsorge zudem zeigen, daß in manchen gesellschaftlichen Problemfeldern der "Take-Off" erst als Folge der 68er-Bewegung stattfand. Bei der Behandlung von Heimkindern blieben Leitbilder, Methoden und Praxis über viele Zäsuren hinweg erstaunlich konstant. Die permanente Rückständigkeit benötigte den Anstoß von außen, um auf die Agenda gesetzt zu werden. Die Debatte um 1968 führte zu einer massiven Kritik an regressiven Erziehungsmustern und etablierte schließlich auch in der Fürsorgeerziehung das neue Leitbild des mündigen Bürgers.

Michael Prinz beschrieb das Ende der Konsumvereine in den 60er Jahren und kennzeichnete diesen Prozeß als Indikator für gesellschaftliche Veränderung in der Bundesrepublik, die den Einstieg in die Konsumgesellschaft markierte. Entgegen der herkömmlichen Forschungsmeinung mußten die Konsumvereine in der Zeit vor 1933 zu den Modernisierern im Konsumbereich gerechnet werden. In der Nachkriegszeit gelang der Anschluß an neue Entwicklungen jedoch nicht mehr. Die 60er Jahre charakterisierte Prinz als das Durchbruchsjahrzehnt der Supermärkte und der Selbstbedienung, die sich innerhalb verblüffend kurzer Zeit etablierten. Diese tiefgreifende Neustrukturierung der Konsumwelt beeinflusste die Erosion der alten Milieus und die Formierung neuer Lebensstile in nicht zu unterschätzendem Ausmaß.

In der Frage des Wohnens skizzierte Georg Wagner-Kyora die zeitgenössischen Klagen der Experten über eine Bevölkerung, die hartnäckig an altvertrauten Wohnstilen festhielt. Das allgemeine Beharren auf "Gemütlichkeit" und "gute Stube" sowie die Zurückhaltung gegenüber einer modernen Wohnungseinrichtung verweisen auf längere Rhythmen des Wandels in diesem Bereich. In der Diskussion wurde jedoch auch an den Befund Josef Moosers erinnert, der die 60er Jahre gemessen an der technischen Modernisierung von Bad und Küche als ein geradezu revolutionäres Jahrzehnt bewertet. Merith Niehuss stellte zudem die These auf, daß sich die Bevölkerung in diesem Zeitraum in zunehmendem Maße segredierte. Die Art des Wohnens habe sich stärker als in den 50er Jahren wieder nach der Höhe des Einkommens gerichtet.

Für das Thema dieser Sektion wurde als eine Zäsur das Ende der 60er und der Anfang der 70er Jahre vorgeschlagen, da ausgereifte Lebensstilkonzepte erst in den 70er Jahren ausgemacht

werden könnten. Axel Schildt wies auf die zahlreichen forschungsstrategischen Probleme bei der Erfassung und Analyse von Lebensstilen hin. Um hier Aussagen über Veränderungen machen zu können, seien Statistiken und Diskurse nicht ausreichend. Zusätzlich müssten Motive, Wahrnehmungen und alltägliche Praxis beschrieben werden, wobei man der Methode "Oral History" nicht ausweichen dürfe. Schildt plädierte für eine "phantasiereiche" Quellenkombination.

Die Schluß-Sektion mit dem Titel "Deutungsmuster" vertrat einen doppelten methodischen Anspruch. Die Selbstentwürfe der Zeit sollten mit wissenschaftlichen Deutungen kontrastiert werden, wie der Sektionsleiter Karl Teppe (Münster) einleitend erläuterte (Beiträge von Franz-Werner Kersting/ Münster, Gabriele Metzler/Tübingen, Hans-Ulrich Thamer/Münster und Jürgen Zinnecker/Siegen). Thematisch war diese Sektion in zwei Bereiche unterteilt. Zum einen trat nun das Phänomen "1968" in den Mittelpunkt der Erörterung, welches vielfach noch immer als Synonym für die 60er Jahre gilt. Zum anderen diskutierten zwei Beiträge zentrale Begriffe der wissenschaftlichen Interpretation dieses Jahrzehnts: "Milieu" und "Planung".

Franz-Werner Kersting widmete sich den "zeitgenössischen Deutungen" der "68er". Die Mitlebenden betrachteten 1968 als eine Art Kulturrevolution, die je nach politischer Couleur positiv oder negativ auf die politische Kultur insgesamt bezogen wurde. Während konservative Kritiker von einem Kulturbruch sprachen, der der Demokratie zahllose Probleme beschert habe, sahen sich die Akteure der 68er zwar als politisch gescheitert, aber gesellschaftlich-kulturell erfolgreich. Der Protest hatte aus ihrer Sicht zu einer Zivilisierung und Demokratisierung der Bundesrepublik beigetragen. Im kollektiven Gedächtnis wurde 1968 zu einer Chiffre für den Umbruch. Kersting plädierte für eine Historisierung dieser Phase und die gesellschaftsgeschichtliche Einbettung in ihre Vor- und Wirkungsgeschichte. Bereits seit Ende der 50er, Anfang der 60er könne eine Öffnung der Gesellschaft konstatiert werden, da Teilgruppen begannen, ihre eigenen Problemlagen auf die Gesamtgesellschaft zu beziehen. Durch "1968" erfuhr dieser Prozeß der inneren Demokratisierung eine Vergesellschaftung. Die Radikalisierung sei zugleich Medium und Preis dieses Schubes gewesen.

Der "Sozialismus als Gegenmodell" der 68er wurde von Hans-Ulrich Thamer auf den Prüfstand gehoben. Bei seiner Analyse stand die Perspektive der Marburger Universität mit Wolfgang Abendroth als zentraler Persönlichkeit im Vordergrund. In der Deutung des studentischen sozialistischen Gegenentwurfs berief sich Thamer auf eine These Richard Löwenthals, der die 68er als einen romantischen Rückfall interpretiert. Eine bildungsbürgerlich geprägte Generation wandte sich gegen die Dynamik der westlichen Industriegesellschaften. Der Protest gegen "Verschwendung" und "Konsumterror" legte geradezu konservative Wertmuster offen. Bei diesem Fundamentalangriff auf die westliche Ordnung des Kapitalismus galten Randgruppen der eigenen Gesellschaft und Protestbewegungen der Dritten Welt als Trägergruppen und Vorbild. Thamer beurteilte dieses Modell als Flucht in die Utopie und Abkapselung von der Realität. Letztendlich hätten die 68er gerade das Gegenteil eines ihrer Ziele herbeigeführt, denn wirkungsgeschichtlich sei ein Stoß zur Auflösung zivilisationskritischer Gruppen zu verzeichnen, der indirekt den Übergang zur Konsumgesellschaft beschleunigte.

Auf diese beiden Einschätzungen der 68er folgte eine angeregte Debatte. Während Axel Schildt den Hinweis auf die Existenz konservativer Wertmuster in der 68er-Bewegung zustimmend hervorhob, lehnten Jürgen Zinnecker und Karl Lauschke es ab, daraus auf einen generellen romantischen Rückfall in die Irrationalität und auf Realitätsferne zu schließen. Die 68er hätten sich nicht im Gegensatz zum Zeitgeist der 60er Jahre befunden. Auch die Protestbewegung sei von der Basis "Krisenbewußtsein, Planung und Machbarkeit" ausgegangen, hätte jedoch statt einer technokratischen eine utopische Lösung gesucht. Anselm Doering-Manteuffel und Kristina Schulz warben für eine stärkere Binnendifferenzierung der 68er-Bewegung. Detlef Siegfried merkte an, daß die Beurteilung des "Sozialismus als Gegenentwurf" die Frage nach der DDR als atmosphärischen und politischen Hintergrund erfordere. Axel Schildt ergänzte in Bezug auf die Lesekultur der Studentenbewegung, daß hier ein ungeheurer Eklektizismus zu verzeichnen sei,

ein "Chaos der Lektüre". Mittels halbverdauter Bücher begab man sich auf die Suche nach dem "Stein der Weisen". Die eminente Ausstrahlung der 68er müsse insgesamt als kulturelles Phänomen gewertet werden - Kneipen, Wohngemeinschaften, Musik und Feten spielten hierbei eine entscheidende Rolle. Hans-Ulrich Thamer, Jürgen Zinnecker und Franz-Werner Kersting verwiesen auf die Bedeutung des Generationenkonflikts. Ein junges, ghettoartiges Bewegungsmilieu sei auf ein ebenso geschlossenes, traditionelles Universitätsmilieu getroffen. Parallel dazu hätte der Studentenprotest zwar Anregungen der zivilisationskritischen Elterngeneration aufgegriffen, sich zugleich aber auch kritisch gegen diese gewendet. Das von Kersting zitierte Sprichwort "Die Söhne essen die Früchte und die Väter rutschen auf den Schalen aus" gab diesen Prozeß treffend wieder.

Jürgen Zinnecker beschäftigte sich in seinem Beitrag mit dem wissenschaftlichen Deutungsmuster "Milieu". Seit den 80er Jahren sei die Sichtweise populär, die Auflösung der vier Blöcke der Milieus und der Versäulung der Gesellschaft mit M. Rainer Lepsius in den 60er Jahren zu verorten. Anstelle der Milieus tritt nun der Begriff der Lebensstile, bei denen es sich um kleinere, konsumorientierte Milieu-Einheiten handle. Paradox sei: die Sozialgeschichte spreche für diese Zeitphase vom Ende der Milieus, die Sozialwissenschaften von dem Beginn moderner Milieus. Zinnecker bewertete die 60er als Schaltstelle für die Umwandlung der alten und als Vorphase für die Ausbildung neuer Milieus. Triebfedern der Auflösung seien Massenkonsum, Massenmedien und Massenbildung, die zu einer stärker gesamtstandartisierten Kultur geführt hätten. Zinnecker plädierte für eine Synthese des sozialgeschichtlichen und des sozialwissenschaftlichen Milieubegriffs, stellte eine eigene Definition bereit und regte schließlich an, bei der Analyse der Erosionstendenzen das Deutungsmuster "Milieu" mit dem der "Generation" zu kombinieren.

Gabriele Metzler diskutierte "Machbarkeit" und "Planung" als weitere Deutungsmuster der 60er Jahre. Sie beschrieb diese Begriffe als "verwissenschaftlichte Politik". Der ungeheure Glaube an Fortschritt, Technik und Wissenschaft unterscheide die 60er in signifikanter Weise von den 50er und 70er Jahren. Der Aufbruch samt der Planungseuphorie entstand, da man die Instrumentarien zur Krisenlösung gefunden zu haben glaubte. Planung bildete zugleich eine neue Legitimationsbasis der Politik, denn politische Entscheidungen erschienen nunmehr wissenschaftlich fundiert und postideologisch. Dieser Diskurs müsse somit auch als eine bestimmte Form der Machtpolitik interpretiert werden. Allerdings: aufgrund der ehrgeizigen Planungen sei es auch zu einer Revolution letztlich unerfüllbarer Erwartungen gekommen, was Anfang der 70er zu einem Ende des Machbarkeitsvertrauens führte. Eine "Politik der kleinen Schritte" trat an seine Stelle. Der Vorschlag, Planung auch als eine Antwort auf "1968" zu fassen, wurde von dem Plenum nicht akzeptiert, da man den Beginn der großen Planungseuphorie allgemein früher datierte.

Die Abschlußdiskussion unter der Leitung von Karl Teppe zielte auf eine Gesamtbeurteilung der 60er Jahre unter Verwendung der Schlüsselbegriffe "Demokratisierung", "gesellschaftlicher Aufbruch" und "Zeit im Wandel". Konsens herrschte darüber, den Begriff der "inneren Demokratiegründung" nicht zu verwenden, da diese Bezeichnung die Entwicklungen der 50er Jahre abwerten würde. Jedoch sei ein Demokratiegewinn im Sinne eines qualitativen Zuwachses zu konstatieren. Anselm Doering-Manteuffel kennzeichnete die 50er Jahre als eine Phase, in der demokratische Institutionen sicher und funktionsfähig gemacht worden seien. Dieser Prozeß bildete die Voraussetzung dafür, daß in den 60ern eine Kritik der autoritären Regierung durch die Gesellschaft möglich wurde. Willi Oberkrome hob die "Verbundesstaatlichung" der Gesellschaft als eine bedeutsame Entwicklung der 60er Jahre hervor. Die Zweistaatlichkeit gewinne an Plausibilität, der Einzelne werde mehr zum Bundesbürger. Anselm Doering-Manteuffel und Gabriele Metzler riefen dazu auf, bei der Deutung der 60er Jahre ihren ambivalenten Charakter mitzubedenken: Aufbruch und Planungseuphorie gingen in der Regel mit der Wahrnehmung von Krisen einher. Die Wende im Bereich der politischen Kultur führte schließlich zu einem fundamentalen Wandel des Staatsverständnisses, wie Gabriele Metzler urteilte. Effizienz und Partizipation waren die neuen Maßstäbe, an denen der Staat gemessen wurde und aus denen er

seine Legitimation bezog. Die Schlagworte "Selbsterfüllung statt Pflichterfüllung" und "Antiautorität" kennzeichnen schließlich einen tiefgreifenden Wertewandel. Im Hinblick auf künftige lohnende Perspektiven der 60er-Jahre-Forschung hob Konrad Dussel den Umbruch der Milieus und Karl Ditt die Wirkungsgeschichte der Planung hervor.

Die Organisatoren der Tagung, Matthias Frese, Julia Paulus und Karl Teppe, werden die Beiträge, ergänzt um einleitende Kommentare der Sektionsleiter, in einem Band der vom Westfälischen Institut für Regionalgeschichte herausgegebenen Reihe "Forschungen zur Regionalgeschichte" veröffentlichen.

Dorothee Linnemann / Christiane Streubel

Kontaktadressen:

[M.Frese@lwl.org](mailto:M.Frese@lwl.org) und [J.Paulus@lwl.org](mailto:J.Paulus@lwl.org)

---

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 1999.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.

Heruntergeladen von [www.ahf-muenchen.de](http://www.ahf-muenchen.de).